

## **BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 18. und 19.05.2016**

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

### **Personalmaßnahmen**

**VERSETZUNGEN**

**Es wurden bundesweit 19 Versetzungen  
beschlossen**

**PLANSTELLENBESETZUNGEN**

**Es wurden bundesweit 13 Plan-  
stellenbesetzungen beschlossen**

### **Anträge und Antragsbeantwortungen**

#### **Anträge**

**Polizeigewerkschaft**

**Antrag auf Anpassung der systemisierten und dienstbaren Personalstände auf  
den Basisdienststellen**

**Antrag auf Absicherung des Personalstandes durch Aufnahme von Kursen unter  
Berücksichtigung bevorstehender Ruhestandsversetzungen**

**Antrag, dass Ausschreibungen für Aufnahmen in den Polizeidienst von den Dienst-  
behörden in ausreichender Anzahl und permanent erfolgen können**

**Antrag auf sofortige Ernennung in die Verwendungsgruppe E2c bei Aufnahmen in den  
Polizeidienst**

**Antrag auf Schaffung eines Karenz- und Aufnahmepools**

**Antrag auf Belastungsausgleich für die Bediensteten innerhalb des BM.I**

**Antrag auf kostenlose Unterkunft während der Grundausbildung**

**Antrag auf Gewährung der E2b-Zulage ab einer niedrigeren Gehaltsstufe als bisher und**

**Aufnahme der E2b-Zulage in das Gehaltsgesetz**

**Antrag auf Bewertungsverbesserungen im E2a-Bereich**

**Antrag auf Erhöhung der Gesundheitsfürsorge und –vorsorge durch den Dienstgeber**

**Fachausschuss Salzburg**

**Fahrzeugwesen – Folgeantrag betreffend Ausrüstung der Dienst-KFZ mit Blaulichtbalken mit integrierten Suchscheinwerfern**

**FCG im Zentralausschuss**

**Antrag, in dem das BM.I aufgefordert wird, der Gesundheitsförderung für die Polizistinnen und Polizisten erhöhtes Augenmerk zu schenken und insbesondere mit der BVA als zuständigem Sozialversicherungsträger Maßnahmen zu treffen, die psychische und physische Gesundheit der MitarbeiterInnen zu heben und zu erhalten**

## **Antwortschreiben**

**BM.I: Antwortschreiben zu den Anträgen betreffend Verrechnung von Gefahrenzulage beim Lenken von Dienst-KFZ im Rahmen von MDL**

Übermittlung eines Erlassvorschlages dahingehend, dass auch die Lenker von Dienst-KFZ nicht zur Verrechnung der Gefahrenzulage berechtigt sind. Diesbezüglich erfolgte ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen auf Ablehnung und Durchführung eines Beratungsgespräches zu diesem Thema mit dem Dienstgeber.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Oberösterreich auf Rücknahme der vom BM.I verfüzten Personalreduktion im Diensthundewesen Oberösterreich.**

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß Erlasslage aus dem Jahr 2013 für den Bereich der LPD OÖ eine bedarfsangepasste Reduktion der Polizeidienststunde von 47 auf 44 angeordnet wurde, die durch sukzessiven Abgang von PDHF vorgenommen werden sollte. Bei den übrigen LPD wurden die Vorgaben bereits größtenteils umgesetzt. Eine Herauslösung der PDHI aus der API hätte negative Auswirkungen auf die Bewertungsstruktur und müsste dabei außerdem die Änderung in der Gesamtstruktur der PDH-Inspektionen für ganz Österreich mitbeachtet werden.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Oberösterreich auf Ausstattung der Bediensteten im polizeilichen Außendienst mit größeren Pfefferspraygebinden, sowie Schlagstöcken bzw. Teleskop-Schlagstöcken**

Das Mitführen des großen Pfefferspraygebindes mit Doseninhalt von 400 ml ist grundsätzlich für den großen und kleinen Ordnungsdienst, sowie zum Mitführen in StkW bestimmt. (Siehe Regelungen BM.I EE 1233/0005-II/2/b/2008 vom 4. April 2008)

Einsatzstöcke sind ausschließlich den Angehörigen von EE und ODE vorbehalten, können aber nach eingehender Bedarfsprüfung durch die jeweiligen LPD an Polizeiinspektionen mit besonderen Gefahren bzw. exponierte Polizeiinspektionen zugewiesen werden.

Teleskopeinsatzstöcke werden derzeit beim EKO Cobra und bei der WEGA im Zuge eines Testbetriebes verwendet. Für die Trageberechtigung sind jedenfalls eine Grund- und jährliche Fortbildung erforderlich.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten auf budgetäre Bedeckung und Erhöhung der Punktekontingentierung – MDL**

Die Verteilung der Punktekontingentierung für die einzelnen Bundesländer ist unter Berücksichtigung verschiedener Parameter geregelt.

Der LPD Kärnten wurde für das Jahr 2016 ein zusätzliches Kontingent von 137.124 Überstundenpunkten zuerkannt, was eine Erhöhung von über 20 Prozent gegenüber 2015 bedeutet.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten betreffend Ortungsmöglichkeit von Smartphones bei Diebstählen derselben**

Die beschriebene Vorgehensweise bei Ermittlungen im Zuge gestohlener Smartphones, bei denen in Einzelfällen der Partei ein Internetzugang zur Gewinnung von Ermittlungsansätzen auf Grund der Geokoordinaten zu gewähren ist, ist bekannt und an einer Verbesserung wird gearbeitet. Ein Gastzugang wurde schon in der Vergangenheit geprüft, stellt jedoch keine Option dar.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag auf Verhandlungen mit dem Dienstgeber, bezüglich Bearbeitung von Fehlalarmen und Alarmanlagen (Verrechnungen) durch EB der LLZ/SSL Kärnten, obwohl diese Tätigkeiten eigentlich in den Zuständigkeitsbereich des Büro B 3 bzw. Referat SVA 3 zuzuordnen sind.**

Dem Ansinnen des FA Kärnten kann insofern entsprochen werden, dass mit Umsetzung des Projektes ELKOS (LLZ-NEU) neue Rahmenbedingungen im Bereich der LLZ geschaffen werden. Der derzeitige Personalstand von derzeit 20 Arbeitsplätzen wird mit dem Roll out auf mindestens 38 Planstellen aufgestockt werden. Laut Auskunft des Referatsleiters hat die LLZ/SLS mit dem Zahlungsablauf nichts mehr zu tun und werden die einschlägigen Tätigkeiten durch das Büro Budget erledigt.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der Fraktion KDEÖ im ZA betreffend Durchführung der bereits zugesagten LPD-Evaluierung und der damit verbundenen nötigen Änderungen in den LPD**

Die zugesagte LPD-Evaluierung ist im Laufe der Zeit in die so genannte integrierte Organisationsentwicklung übergegangen. Dadurch wurden zum Beispiel im Bereich der Hauptsachbearbeiter PAD-HS, Einsatzreferenten in stark belasteten SPK in Wien, Implementierung von HS und Stv bei den LKA EB 04, Einrichtung des UTM bei der AFA Wien, Aufwertungen im Bereich der WEGA, sowie der Einrichtung von zusätzlichen Planstellen „Jihadismus“ bei den LV W, NÖ, OÖ und Stmk etc. Bewertungsverbesserungen erzielt. Weitere Maßnahmen sind kurz- und mittelfristig vorgesehen, konnten aber auf Grund der nicht vorhersehbaren Migrationsthematik noch nicht umgesetzt werden.

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Zentralausschuss, auf umgehender Durchführung der LPD-Evaluierung um damit die politischen Zusagen, aber auch die Zusagen der Linienverantwortlichen endlich umzusetzen.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten betreffend Misständen im Zusammenhang mit dem Assistenzdienst des ÖBH**

Eine Anfrage in den betroffenen Bezirken Wolfsberg, Völkermarkt, Klagenfurt-Land und Villach-Land ergab, dass dort keine einzige Beschwerde seitens der Zivilbevölkerung oder aus Polizeikreisen bekannt ist. Beim ÖBH langten auch keine Beschwerden ein. Die angebliche Ausgabe von Funkgeräten konnte nicht nachvollzogen werden. Es wurden keine an das ÖBH ausgegeben.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA OÖ auf Neuanschaffung und Zuweisung von Dienstmotorrädern für den Motorradverkehrsdienst**

Über Initiative des Bundesministeriums für Inneres wurde von der Bundes-BeschaffungsgesmbH mit der Firma Honda Austria eine über 3 Jahre laufende Rahmenvereinbarung betreffend der Lieferung von Motorrädern abgeschlossen. Die Abrufmodalitäten wurden den Landespolizeidirektionen mitgeteilt. Auf Basis dieser Rahmenvereinbarung, sowie unter Beachtung der in den einschlägigen Erlässen getroffenen Regelungen, können die LPD im eigenen Zuständigkeitsbereich Motorräder abrufen.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Steiermark betreffend Konkretisierung des BMI-Erlasses zur Eigensicherung**

Es wurde darin lediglich auf die erhöhte Gefahrenlage hingewiesen und sollte zu einer Sensibilisierung aller Bediensteten führen.

**BM.I: Antwortschreiben zur Ablehnung des Projektes „Gemeinsam Sicher“**

Dienstgeber: Probetrieb wird weitergeführt. Zentralausschuss: Das Projekt wird in dieser Form weiterhin abgelehnt.

**BM.I: Übermittlung des Entwurfes für eine Änderung der Dienstgradeverordnung**

Darin soll geregelt werden, dass nach einer tatsächlich zurückgelegten Gesamtdienstzeit von 6 Jahren der Dienstgrad „Revierinspektor“ gebührt und ab einem Besoldungsdienstalter von 21 Jahren **und** nach einer im Exekutivdienst tatsächlich zurückgelegten Gesamtdienstzeit von 10 Jahren der Dienstgrad „Gruppeninspektor“ zu führen ist. Diese Anpassung ist auf Grund des neuen Besoldungssystems und der nunmehr geltenden Ernennungserfordernisse (im Hinblick auf das Aufnahmealter) nötig. Die Verordnung soll mit 2. Jänner 2017 in Kraft treten, wobei Beamte, die zu diesem Zeitpunkt zum Führen des Dienstgrades „Gruppeninspektor“ berechtigt sind, diesen auch weiterhin führen.

**BM.I: Konzept betreffend Umstellung von Polizeischüler auf ePEP**

Umstellung der Polizeischüler auf ePEP ab dem 2. Schuljahr, da sich daraus Vorteile für die involvierten Lehrer und Schüler ergeben. Die ergab eine Evaluierung des 01.02.2016 laufenden Probetriebes und wird diese somit ausgeweitet.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des DA-Exekutive im BVT**

Auf Grund der geltenden Erlasslage, steht es dem BVT seit Einführung des Einsatztrainings frei, auf der Basis dieser Erlässe Einsatztrainer-/innen aus dem eigenen Personalstand auszubilden. Bislang wurde jedoch eine Mitbetreuung durch Einsatztrainer der LPD Wien bevorzugt.

---

**Schadensfälle:**

**Am 26.04.2016 wurden 141 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt.**

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 299 eingehende Schriftstücke behandelt.

---

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN  
Vorsitzender

Hermann WALLY  
Vorsitzender Stv.

Dietmar HEBENSTREIT  
Vorsitzender Stv.

